Deutscher Bundestag **Drucksache 18/873**

18. Wahlperiode 19.03.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Herbert Behrens, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/771 –

Digitale Gründungen unterstützen - Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft schaffen

A. Problem

Bedarfsgerechter Ausbau des Bestandes an Studienplätzen in Informatik sowie angrenzenden Disziplinen gemeinsam mit den Bundesländern, Unterstützung des Breitbandausbaus, Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Sicherung der Netzneutralität, Auflegung eines Programms für Mikrokredite speziell für digitale Gründungen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/771 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer	**Axel Knoerig**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Axel Knoerig

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/771** wurde in der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. März 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. führt in ihrem Antrag aus, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei den Rahmenbedingungen für digitale Startups bestenfalls im Mittelfeld zu finden sei. Da fast alle Lebensbereiche von digitalen Technologien durchdrungen würden, stehe eine hohe diesbezügliche Innovationsfähigkeit im Interesse des Gemeinwohls. Mit ihrem Antrag zielt die Fraktion DIE LINKE. darauf ab, digitale Gründungen zu unterstützen und der digitalen Wirtschaft zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu verschaffen. Sie fordert die Bundesregierung unter anderem auf, gemeinsam mit den Bundesländern den Bestand an Studienplätzen in Informatik sowie angrenzenden Disziplinen bedarfsgerecht auszubauen und ein Förderprogramm für digitales Lernen in Schulen vorzulegen. Ferner müsse der Breitbandausbau im Rahmen eines Förderprogramms im Umfang von mindestens einer Milliarde Euro jährlich unterstützt sowie ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Netzneutralität vorgelegt werden. Zudem solle sich die Bundesregierung im Rahmen der Novellierung des europäischen Datenschutzrechts für ein einheitlich hohes Schutzniveau in und außerhalb der EU einsetzen. Darüber hinaus solle ein Programm für Mikrokredite speziell für digitale Gründungen aufgelegt werden. Die Förderprogramme im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie müssten verstärkt auf Teamgründungen sowie insbesondere auf die stärkere Beteiligung von Frauen am Gründungsgeschehen eingestellt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/771 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/771 in seiner 7. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 18/771 in seiner 3. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/771 in seiner 7. Sitzung am 19. März 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass in dem Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 18/764 (neu) alle Regelungsebenen der relevanten Politikfelder zusammengetragen worden seien. Es handele sich um einen Prüfkatalog an Handlungsempfehlungen, was in den nächsten Jahren getan werden müsse, um die digitale Wirtschaft im internationalen Kontext wettbewerbsfähig zu halten und Investitionshemmnisse zu beseitigen. 99 Prozent der in der Informations- und Kommunikationstechnologie tätigen Firmen wiesen unter 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Daher müsse man sich zukünftig darauf konzentrieren, diese kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern. Auf europäischer Ebene sei ein einheitliches Datenschutzrecht für die Wirtschaft erforderlich, das sich an den hohen deutschen Datenschutzniveau orientieren müsse. Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollten einen leistungsfähigen Internetzugang erhalten - auch und gerade im ländlichen Raum.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Voraussetzungen zur Gründung digitaler Unternehmen einen Schwerpunkt im Antrag der Koalitionsfraktionen ausmachten. Bei den Gründungen sei in den vergangenen Jahren ein Rückgang zu verzeichnen gewesen, was Anlass zur Sorge biete. Für alle Phasen einer Unternehmensgründung müssten geeignete Finanzierungsbedingungen geschaffen werden. Auch müssten die Bedingungen für eine Unternehmensgründung deutlich entbürokratisiert werden. Vor dem Hintergrund der NSA-Affäre müsse der Bekämpfung der Unternehmens- und Wirtschaftsspionage besonderes Augenmerk gelten. Insoweit müsse die IT-Sicherheitsforschung unterstützt und ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg gebracht werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen aus ihrer Sicht zwar gut gemeinte, aber zu wenig konkretisierte Forderungen enthalte. Es sei offensichtlich, dass ein flächendeckendes Internet im ländlichen Raum nur durch die Kräfte des freien Marktes nicht zu erreichen sei. Insoweit sei der Staat gefordert, finanzielle Mittel bereitzustellen. Der aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. rechtliche Sonderweg Deutschlands in Bezug auf freies WLAN sei nicht nachvollziehbar. Es sei nicht tragbar, dass die Betreiber eines freien WLAN die Verantwortung für das Handeln Dritter zu tragen hätten. Darüber hinaus sei der Bund gefordert, ein Programm aufzulegen, mit dem Kredite speziell für Gründer ermöglicht würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass dem wichtigen Bereich der ökologischen Transformation keine hinreichende Aufmerksamkeit gewidmet werde. Das Thema Datensicherheit habe das Potenzial, zu einem Standortvorteil Deutschlands zu werden. Allerdings finde dieser Ansatz bei den Geschäftsmodellen der Unternehmensgründer kaum Berücksichtigung. Der oft geforderte Ausbau des Breitbandnetzes müsse finanziell unterlegt sein, wofür bisher keine Anzeichen vorhanden seien.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/771 zu empfehlen.

Berlin, den 19. März 2014

Axel Knoerig

Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333